Kleine Anfrage

der Abgeordneten Siegesmund (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit

Umsetzung des EU-Schulobstprogramms in Thüringen

Die **Kleine Anfrage 3225** vom 8. Juli 2013 hat folgenden Wortlaut:

Im Schuljahr 2010/2011 startete im Freistaat Thüringen das EU-Schulobstprogramm, mit dem Ziel, Kindern ein gesundheitsförderliches Ernährungsverhalten nahezubringen und Lust auf den Verzehr von Obst und Gemüse zu machen. Im Schuljahr 2010/2011 nahmen insgesamt 259 Schulen bzw. 32.240 Schülerinnen und Schüler daran teil.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Umsetzung des EU-Schulobstprogramms in den Schuljahren 2010/2011, 2011/2012 und 2012/2013 in Thüringen?
2. Wie viele Anträge zur Teilnahme am EU-Schulobstprogramm wurden in den Schuljahren 2010/2011, 2011/2012 und 2012/2013 gestellt und wie viele davon wurden bewilligt?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Entwicklung der Nachfrage der Schulen zur Teilnahme am EU-Schulobstprogramm?
4. Wie hat sich der Anteil der am EU-Schulobstprogramm teilnehmenden Kinder aus sozial schwachen Familien in den Schuljahren 2010/2011, 2011/2012 und 2012/2013 entwickelt?
5. Inwieweit wurden in den Schuljahren 2010/2011, 2011/2012 und 2012/2013 regional und kontrolliert biologisch erzeugte Produkte berücksichtigt?
6. Welche Lehren hat die Landesregierung aus dem Abschlussbericht "Evaluation des Schulobstprogramms der Europäischen Union im Freistaat Thüringen" vom Januar 2012 gezogen?
7. Welche Handlungsempfehlungen des Evaluationsberichts zur Optimierung des EU-Schulobstprogramms wurden bisher in Thüringen umgesetzt?
8. Welche Beschwerden von Schulleiterinnen und -leitern, Lehrerinnen und Lehrern und Schülerinnen und Schülern am EU-Schulobstprogramm sind der Landesregierung bekannt?
9. Wie gestaltet sich die weitere Evaluierung des EU-Schulobstprogramms in Thüringen?
10. In welcher Höhe hat die Landesregierung Finanzmittel zur Kofinanzierung des EU-Schulobstprogramms in den Schuljahren 2010/2011, 2011/2012 und 2012/2013 bereitgestellt?

11. Wie viele Mittel stehen in der folgenden Förderperiode für die Umsetzung des EU-Schulobstprogramms zur Verfügung?
12. Wie viele Schulen haben sich in den Schuljahren 2010/2011, 2011/2012 und 2012/2013 einen eigenen Sponsor oder Förderer gesucht, der den Landesanteil übernimmt?
13. Welche alternativen Finanzierungsmodelle sieht die Landesregierung zur Ausweitung des EU-Schulobstprogramms in Thüringen?
14. Wie gedenkt die Landesregierung das Schulobstprogramm an Grund- und Förderschulen zu verstetigen?

Das **Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 21. August 2013 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Das EU-Schulobstprogramm wird seit dem Schuljahr 2010/2011 gemäß den Verordnungen der Europäischen Union und der "Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen aus Mitteln des Europäischen Schulobstprogramms und dem Freistaat Thüringen zur Förderung des Verzehrs von Obst und Gemüse an Thüringer Grundschulen und Förderschulen (TH-SchulobstRL) vom 1. September 2010 (ThürStAnz Nr. 41/2010) durchgeführt. Das Verfahren ist den Antragstellern bekannt und wird angenommen. Die Umsetzung von EU-Förderungen gestaltet sich aufwendig und für das vergleichsweise kleine EU-Schulobstprogramm ist der Verwaltungsaufwand nicht unerheblich. Die Umsetzung des EU-Schulobstprogramms wird durch die Landesregierung dennoch insgesamt positiv bewertet.

Zu 2.:

Nachfolgende Darstellung beantwortet die Frage 2:

Schuljahr	Anträge Schulträger gestellt	Anträge Schulträger bewilligt	Anzahl teilnehmende Schulen	Anträge abgelehnt
2010/2011	47	30	234	12 Anträge wegen unvollständigen Unterlagen und 5 Anträge wegen Verfristung
2011/2012	39	33	312	6 Anträge wegen unvollständigen Unterlagen
2012/2013	37	36	332	1 Antrag zurückgezogen

Zu 3.:

Von der Einführung des EU-Schulobstprogramms im Schuljahr 2010/2011 bis zur derzeitigen Antragstellung für das Schuljahr 2013/2014 hat sich der Teilnehmerkreis der Schulen und der Schülerinnen und Schüler stetig erhöht. Seit dem Schuljahr 2012/2013 ist jedoch ein fester Kreis von Antragstellern zu verzeichnen, so dass der grundsätzliche Förderbedarf gedeckt ist.

Zu 4.:

Die soziale Herkunft der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler wird nicht erfasst. Eine Aussage ist daher nicht möglich.

Zu 5.:

Der Freistaat Thüringen hat sich bei der Umsetzung des EU-Schulobstprogramms für das Schulträgermodell entschieden. Die Thüringer Schulträger sind Zuwendungsempfänger der EU- und Landesförderung. Gemäß den rechtlichen Bestimmungen ist die Vergabe der Obst- und Gemüselieferungen nach der Verdingungsordnung (VOL/A) zu vergeben.

Die Lieferanten können unter Beachtung der regional festgelegten Kriterien der Ausschreibungen und des Prinzips der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit vorrangig regionale Anbieter und Erzeuger auswählen. Der Landesregierung ist nicht bekannt, welche Erzeuger von den Lieferanten ausgewählt werden und welche Herkunft die gelieferten Produkte im Einzelnen haben.

Zu 6. und 7.:

Der regionale Evaluationsbericht zur Umsetzung des EU-Schulobstprogramms in Thüringen hatte keinen akuten Handlungsbedarf angezeigt.

Neben den positiven Auswirkungen des EU-Schulobstprogramms auf die Schülerinnen und Schüler bezüglich des Verzehrs von Obst und Gemüse gab es insbesondere konkretere Hinweise zur Optimierung des pädagogischen Begleitmaterials und dessen Einbindung in den Unterricht. Dazu hat das Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur federführend das bisher genutzte Material überarbeitet.

Zu 8.:

Im Rahmen der Vor-Ort-Kontrollen der Bewilligungsbehörde wurde in Gesprächen wiederholt der bürokratische Aufwand des Programms, insbesondere bei den Abrechnungen, bemängelt.

Zu 9.:

Die zukünftige Evaluierung des EU-Schulobstprogramms ist maßgeblich abhängig von einer Fortführung des Programms im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union ab 2014 sowie den Leitlinien der Europäischen Kommission zur Evaluation des Programms. Hierzu sind noch nicht alle Entscheidungen getroffen.

Zu beachten ist, dass die Kosten der Evaluation jeweils zu Lasten des Umfangs der Förderung der Schulträger geht.

Zu 10.:

Gemäß den jeweiligen Haushaltsplänen wurden folgende Landesmittel zur Kofinanzierung des EU-Schulobstprogramms zur Verfügung gestellt:

Haushaltsjahr	Landesmittel in Euro
2010	12.243
2011	233.840
2012	300.000
2013	300.000

Zu 11.:

Für die Förderperiode des Schuljahres 2013/2014 stehen gemäß beschlossenen Landeshaushalt folgende Fördermittel zur Verfügung:

Kapitel 0824 Titel 684 01- Landesmittel	
Ansatz 2013	300.000 Euro
Ansatz 2014	300.000 Euro

Kapitel 0902 Titel 686 78- EU-Mittel	
Ansatz 2013	596.500 Euro
Ansatz 2014	596.500 Euro

Zu 12.:

Die in der Vergangenheit ausgesprochenen Bewilligungen haben sich immer auf eine Förderung der Europäischen Union und des Landes bezogen. Somit ist davon auszugehen, dass sich keine Schule einen eigenen Sponsor oder Förderer gesucht hat, der den Landesanteil übernommen hat.

Zu 13.:

Eine Ausweitung des EU-Schulobstprogramms von Seiten der Landesregierung ist nicht vorgesehen. Die Finanzierung des EU-Schulobstprogramms ist für die Schuljahre 2012/2013 und 2013/2014 im Haushaltsplan festgeschrieben. Für das Schuljahr 2014/2015 kann derzeit noch keine Aussage getroffen werden. Bei dem EU-Schulobstprogramm handelt es sich um eine Förderung ohne gesetzliche Verpflichtung. Die Landesregierung hat mit den Haushaltsplanentwürfen den finanziellen Rahmen des Programms in Thüringen gesetzt, welcher durch den Haushaltsgesetzgeber bestätigt wird. Eine Ausweitung des Angebotes des Verzehrs von Obst und Gemüse wird vorrangig in Verantwortung der regionalen Ebene gesehen.

Zu 14.:

Die Fortführung des EU-Schulobstprogramms ist abhängig von der Finanzierung im Rahmen der GAP durch die Europäische Union ab 2014.

In Vertretung

Dr. Schubert
Staatssekretär